

## **Streit um ZDF-Chefredakteur**

Köln. Der ZDF-Chefredakteur wurde mit dem Hanns-Joachim-Friedrich-Preis ausgezeichnet. Seine Zukunft ist jedoch ungewiss. Denn Hessens Ministerpräsident Koch fordert öffentlich Brenders Abgang.

Gestern Abend wurde der ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender geadelt: In Köln nahm er von Laudator Frank Schirrmacher (FAZ) den renommierten Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis entgegen. Und bekommt bestätigt, dass er auf Augenhöhe mit journalistischen Vorkämpfern wie Gerd Ruge und Alexander Kluge steht. Schließlich attestiert ihm die Jury, dass er „für Qualität und Unabhängigkeit steht, sich gegen Widerstände durchsetzt“ und dass seine „Haltung und die daraus folgenden Handlungen insbesondere jüngeren Journalisten Mut machen, keinem Druck oder Einflussversuch nachzugeben“.

Ob die Freude über die Anerkennung seiner Arbeit bei Brender lange währt, ist fraglich. Denn seitdem Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) öffentlich den Abgang des 60-Jährigen beim ZDF fordert, scheint eine Vertragsverlängerung Brenders mehr als fraglich. Am 27. November soll die seit März verschobene Personalie im ZDF-Verwaltungsrat endgültig entschieden werden. Und da hat die CDU die Mehrheit.

### **Brender ist der CDU zu frech**

Vordergründig argumentiert Koch mit sinkenden Zuschauerzahlen bei den Nachrichtenmagazinen im Zweiten. Doch das ist nicht richtig, weil Koch nicht berücksichtigt, dass „heute“ parallel auch auf 3sat ausgestrahlt wird. „Wenn man die Quote dazurechnet, kommt man im Schnitt auf 220 000 Zuschauer mehr als bei RTL aktuell“, errechnete FAZ-Mitarbeiter Stefan Niggemeier. RTL hatte Koch als großen Gewinner angeführt. Außerdem darf die Quote bei einem öffentlich-rechtlichen Sender keine Rolle spielen. Sein Auftrag ist Qualität, ein gehobenes Programm, das unabhängig vom Zuschauerzahlen produziert werden soll. Fernsehkritiker attestieren Brender, dass er ein Garant dafür ist. Hintergründig ist Brender der konservativen CDU zu frech.

Zwischenzeitlich ist Brender nicht mehr die Hauptperson in dem Politspektakel. In den Mittelpunkt rückt ZDF-Intendant Markus Schächter. Noch steht der Chef zu seinem Chefredakteur, hat ihn selber zur Wiederwahl vorgeschlagen. Sollte die CDU Brender schassen und damit auch die Programmautonomie ad absurdum führen, müsste er handeln. Eine Option wäre: Er könnte das Bundesverfassungsgericht anrufen. Die Richter müssten dann klären, ob der Verwaltungsrat einen Kandidaten überhaupt ablehnen darf und ob er der Verfassung entsprechend zusammengesetzt ist. Die Frage ist nur: Traut Schächter sich?

### **Offener Brief zur Brender-Debatte**

#### **Staatsrechtler: „Prüfstein für die Rundfunkfreiheit“**

*22. November 2009 Der ZDF-Verwaltungsrat schickt sich an, den Vertrag von Chefredakteur Nikolaus Brender nicht zu verlängern. Dabei handelt es sich um „den offenkundigen Versuch, den Einfluss der Parteipolitik zu stärken“, meinen 35 führende Verfassungsrechtler in einem offenen Brief. „Damit wird die Angelegenheit zum Verfassungsrechtsfall und deshalb mischen wir uns ein“. Wir dokumentieren das Schreiben.*

\* \* \*

## **Der Fall Brender - ein Prüfstein für die Rundfunkfreiheit**

Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG garantiert die Rundfunkfreiheit. Sie ist eine wichtige Säule unseres demokratischen Staatswesens. An dieser Säule wird gerade gesägt, und zwar von einigen Mitgliedern des Verwaltungsrats beim ZDF. Nikolaus Brender soll keine oder eine unüblich kurze Vertragsverlängerung als Chefredakteur erhalten, angeblich weil die Quoten im Informationssegment nicht stimmen.

Um diese Frage aber geht es in Wahrheit nicht. Es geht schlicht darum, wer das Sagen, wer die Macht hat beim ZDF. Es handelt sich um den offenkundigen Versuch, einen unabhängigen Journalisten zu verdrängen und den Einfluss der Parteipolitik zu stärken. Damit wird die Angelegenheit zum Verfassungsrechtsfall und deshalb mischen wir uns ein.

Art. 5 Abs. 1 GG garantiert die Staatsfreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Auch wenn das gebührenfinanzierte ZDF formal dem Bereich öffentlicher Institutionen zuzurechnen ist, bedeutet Staatsfreiheit, dass der Staat inhaltlich auf seine Arbeit keinen beherrschenden Einfluss ausüben darf. Was geschieht, wenn es die Garantie der Staatsfreiheit nicht gibt, wird uns derzeit am Beispiel anderer europäischer Staaten vor Augen geführt. Zur Garantie der Staatsfreiheit gehört auch eine Begrenzung der Stimmenanteile der staatlichen Vertreter in den Aufsichtsgremien, also auch im Verwaltungsrat. Nun diskutieren Rundfunkrechtler schon lange darüber, ob die im ZDF-Staatsvertrag vorgesehene Machtverteilung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Vertretern mit Art. 5 Abs. 1 GG vereinbar ist. Insbesondere geht es um die Zuordnung der Parteienvertreter und der von den Ministerpräsidenten ausgewählten Vertreter zur staatlichen Ebene. Sollte sich herausstellen, dass letztlich ein Ministerpräsident als Meinungsführer stark genug ist, um einen bestimmten Chefredakteur zu verhindern, so würde dies einen praktischen Beleg dafür liefern, dass die zum Teil geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken gegenüber der Zusammensetzung des Gremiums nicht unbegründet sind. Der Eindruck läge nahe, dass über die Instrumente von staatlicher Einflussnahme und Parteizugehörigkeit politische Mehrheiten in den Aufsichtsgremien organisiert werden. Genau dies will der Grundsatz der Staatsfreiheit verhindern. Staatsfreiheit heißt, dass sich Mehrheiten im Sinne einer autonomen Ausübung der Rundfunkfreiheit nach Sachgesichtspunkten zusammenfinden.

Wir appellieren dringend an die Vernunft und die Sachkompetenz aller Vertreter im Verwaltungsrat. Beteiligen Sie sich nicht an der beabsichtigten staatlichen Einflussnahme auf die Wahl des Chefredakteurs. Qualitätsvoller und unabhängiger Journalismus liegt im Interesse aller.

## **Der Fall Brender - Wer hat die Macht beim ZDF?**

Essen. Der Zeitpunkt war perfekt gewählt: Nur wenige Tage vor der Entscheidung über die Zukunft von ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender (60) haben sich, bisher einzigartig, gleich 35 deutsche Staatsrechtler in die Debatte eingeschaltet und das Postengeschachere der Politiker kritisiert. Die 35 Staatsrechtler kritisieren das Gezerre um Brender, angezettelt von Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU). Die Juristen haben Recht – und es wäre schön, wenn sie auch Recht behielten.

Zu den Unterzeichnern gehört die erste Garde der Staatsrechtler – wie Föderalismusforscher Hans-Peter Schneider aus Hannover, wie Medienrechtler Dieter Dörr aus Mainz, wie Verfassungsrechtler Ulrich Battis aus Berlin. Mit Ausnahme des Verwaltungsexperten Hans Herbert von Armin aus Speyer widmet sich die Expertenrunde eher wissenschaftlichen denn tagespolitischen Fragen.

Doch jetzt mischen sie sich ein, weil sie dem Fall Brender grundsätzliche Bedeutung zumessen. Er sei, schreiben sie, „ein Prüfstein für die Rundfunkfreiheit“. Die Professoren verweisen in ihrem offenen Brief auf das Grundgesetz, das Rundfunkfreiheit vorsieht – und Staatsfreiheit. Der Staat, heißt es, dürfe „inhaltlich keinen Einfluss ausüben“.

Genau das aber will Koch. Hessens Premier firmiert als Vize des ZDF-Verwaltungsrates, der die Personalentscheidung von Intendant Markus Schächter üblicherweise absegnet. Der ZDF-Chef sprach sich für Brender aus. Auch dessen Top-Leute Claus Kleber und Marietta Slomka vom „heute-journal“ sekundierten ihrem Chef.

### **Politik könnte durch Machtverzicht gewinnen**

Um Brender loszuwerden, bemüht Koch schrumpfende Quoten der ZDF-Nachrichten. „Um diese Frage aber geht es in Wahrheit nicht“, halten die Juristen gegen. „Es geht schlicht darum, wer das Sagen, wer die Macht hat beim ZDF.“

CDU-Mitglieder im Verwaltungsrat des Zweiten mobben Brender schon lange. Dabei ist der einstige Jesuiten-Schüler aus dem Badischen alles andere als ein Parteigänger. Im Gegenteil: Der ausgesprochen selbstbewusste Wahl-Kölner teilt nach allen Seiten aus.

Im März dieses Jahres, ein Jahr vor Ablauf seines Vertrages, hätte Brender eigentlich erfahren müssen, ob er weitere fünf Jahre amtieren darf.

Daraus wurde nichts. Koch wagte sich im Februar aus der Deckung. Ausgerechnet im Superwahljahr machte er aus der Personalie eine Machtfrage, die das Selbstverständnis des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zutiefst berührt. Nur wenn ARD und ZDF den journalistisch gebotenen Abstand zu den Mächtigen halten, bleiben ihre Nachrichten glaubwürdig.

Dass Koch mit seiner Attacke auch den CDU-nahen ZDF-Chef beschädigte, nahm er in Kauf. Zuletzt stand ein lauer Kompromiss zur Diskussion: Brenders Vertrag sollte lediglich um zwölf Monate verlängert werden.

Der Fall Brender hat aber auch eine gute Seite. Der Machtkampf wirft ein trübes Licht auf die Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Parteiungebunden sind nur wenige Mitglieder: die Vertreter der beiden Kirchen und der jüdischen Gemeinde. Die Politik könnte Glaubwürdigkeit gewinnen, indem sie beim ZDF auf Einfluss verzichtet.

## **Wickert bemängelt Nachrichten**

### **Warum sind die Kritiker so milde?**

Von Ulrich Wickert

19. November 2009 Es mag sein, dass es nur einem Nachrichtenversessenen wie mir aufstößt, aber an den Informationssendungen von ARD und ZDF gibt es weit mehr auszusetzen als den Sportjournalisten-Jargon bei einem Bericht über den Tod des Torwarts Robert Enke ([Die ARD macht aus dem Fall Enke einen Spielbericht](#)). Bislang habe ich mich als ehemaliger Nachrichtenmoderator zurückgehalten. Denn ich will nicht als Besserwisser mit erhobenem Zeigefinger wirken. Aber seit einiger Zeit rumort der Gedanke in mir, es ist viel schlimmer, und das gilt nicht nur für die Texte.

Wenn es um die Sprache geht, bedauere ich, dass nur noch wenige Autoren von Stücken für „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ oder für „heute“ und „heute-journal“ den Satzbau beherrschen. Häufig streuen sie Substantive wie grobes Meersalz zwischen kurze Sätze. Auch wenn die Suche nach einer treffenden Schlussbemerkung zu viel Nachdenken fordert, dann „bleibt es abzuwarten“, „ist die Ursache unklar“, oder „es wird sich zeigen“.

Nicht nur die Floskelsprache der Politik wird oft übernommen, sondern auch das Kurzsprech der Nachrichtenagenturen. Da „stehen“ immer noch „Ovationen“, obwohl ich niemanden kenne, der Beifall je hat stehen sehen. Es können nur diejenigen stehen, die Beifall klatschen. Wer so textet, ist nicht nur schusselig, sondern denkfaul. Und warum lassen die Redaktionschefs die sprachliche Verlotterung durchgehen? Bedeutet ihnen die Sprache so wenig, oder merken sie nichts? Den Machern scheint das Bewusstsein für ihren öffentlich-rechtlichen Auftrag, für eine Grundversorgung politischer Information zu sorgen, abhandengekommen zu sein. Ganz bewusst spreche ich von Information, denn dieser Begriff umfasst mehr als die Nachrichten.

### **Kein Brennpunkt fürs Kabinett**

Wirklich geärgert habe ich mich, dass weder „Tagesschau“ noch „Tagesthemen“, weder „heute“ noch „heute journal“ je das neue Bundeskabinett vollständig vorgestellt haben. Eine Sondersendung, einen „Brennpunkt“ etwa, hob niemand ins Programm. Das kann heute wohl keiner mehr verlangen, Freitag und Samstag gehören der Unterhaltung!

Ich habe es eben im Archiv noch einmal überprüft: Am Freitag, 23. Oktober, steht die Zusammensetzung der neuen Regierung fest, aber das vollständige Kabinett wird am Abend in keiner Nachrichtensendung von ARD oder ZDF gemeldet. Die „heute“-Sendung um neunzehn Uhr berichtet dafür ausführlich über Schnäppchenjäger nach dem Aus von Quelle. Die „Tagesschau“ um zwanzig Uhr erklärt uns, wer einige der wichtigen Ministerien übernimmt, und verweist für mehr Information auf das Internet. Im „heute journal“ lässt sich der Moderator zu „Habemus Kabinett“ hinreißen, aber er stellt es nicht vor. Auch die „Tagesthemen“ verzichten auf Vollständigkeit. Nun mag man sich damit herausreden, die Bundeskanzlerin habe erst am Samstag den Koalitionsvertrag der Presse vorgestellt. Aber zur Kabinettsliste sagt sie da nur noch ironisch: „Das wissen Sie ja schon alles.“ Am Samstag wird in den Abendsendungen von ARD und ZDF zwar der scherzende Guido mit seinem neuen Duzfreund Horst vorgestellt, dazu einige Minister; vom neuen Umwelt- oder Entwicklungsminister immer noch kein Sterbenswörtchen.

## **Der Automatismus der Bomben**

Am Sonntag segnet die FDP auf einem Parteitag den Koalitionsvertrag mit einem denk- oder merkwürdig jublierenden Guido Westerwelle ab, doch ARD-aktuell entdeckt einen wichtigeren Aufmacher: ein mörderisches Attentat im Irak. Solche Attentate im Irak ereignen sich alle paar Tage. Und sie haben, anders als der Koalitionsvertrag, einen beschränkten Einfluss auf das tägliche Leben der Nachrichten sehenden Bürger in Deutschland. Also muss es einen besonderen Grund geben, weshalb die Bombe im Irak der Aufmacher in „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ ist. Sollen wir es Voyeurismus, Sensationsgier, Bombenjournalismus nennen? Nein, vermutlich ist es viel schlimmer. Hier wird aus einer völlig falsch verstandenen Chronistenpflicht gesendet. Niemand quält sich, den Automatismus, mit dem Bomben in die Nachrichten gelangen, zu hinterfragen. Doch es kommt noch schlimmer.

Am Tag nach der Bundestagswahl wollte die ARD lange keinen „Brennpunkt“ senden. Diese Entscheidung hatten die Intendanten formell gefällt. Kein Programmdirektor hat dagegen protestiert. Dass doch noch ein „Brennpunkt“ lief, war der Intervention des Hauptstadtstudios Berlin und des ARD-Chefredakteurs zu verdanken. Es fehlt offenbar an einem Verständnis für die politische Grundversorgung. Das konnten wir auch am zwanzigsten Jahrestag des Mauerfalls erleben.

Während das französische Fernsehen France 2 die Gedenkfeiern am 9. November in Berlin so bedeutend fand, dass es schon am Nachmittag eine Stunde lang in einer Sendung mit dem ehemaligen Außenminister Roland Dumas den Auftritt Angela Merkels an der Bornholmer Straße live sendete, zeigte die ARD „Sturm der Liebe“. Das ZDF sendete am Nachmittag von der Bornholmer Straße, ließ am Brandenburger Tor aber den für ein solches Ereignis wirklich nicht geeigneten Thomas Gottschalk ans Mikrofon. So war es mit dem Berliner Senat, also mit der Politik, abgesprochen. France 2 strahlte vom Brandenburger Tor weitere zwei Stunden Informationsprogramm mit dem ehemaligen Außenminister Hubert Védrine aus.

## **Der Sendeplan muss eingehalten werden**

Währenddessen liefen in der ARD so bedeutsame Sendungen wie „Verbotene Liebe“ und „Marienhof“. Weil auch in den hohen ARD-Etagen der Sinn für eine politische Grundversorgung fehlt, zögerte man dort lange, überhaupt von den Festlichkeiten zu senden, schaltete dann doch zum Brandenburger Tor, schnitt aber die Übertragung während der Rede der amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton ab und sendete die Videobotschaft des amerikanischen Präsidenten Barack Obama nicht.

Der Sendeplan musste eingehalten werden, damit nach der „Tagesschau“, in der die Rede von Angela Merkel live gesendet werden konnte, die Schnulze „Geld, Macht, Liebe“ pünktlich die Zuschauer anlockte. Na gut, das Magazin „Fakt“ wurde in eine Sendung zum Mauerfall umgewidmet. Aber peinlich, dass Moderator Thomas Kausch an diesem besonderen Abend nach einer banalen Abmoderation nicht auf seine Standardfloskel „Ciao“ verzichten konnte. Bei außergewöhnlichen Ereignissen muss ein Moderator seine persönliche Note zurücknehmen. Hier nahm er sich wichtiger als das Ereignis. Dafür hat er allerdings große Vorbilder. Beim Kanzlerduell trat Frank Plasberg wohl bewusst ohne Schlips auf. Damit beweist Plasberg zwar mangelnden Respekt gegenüber der Bundeskanzlerin und dem Außenminister, aber er bleibt seinem Erscheinungsbild treu. Kürzlich sah ich ihn doch mit Schlips moderieren, aber das war ja auch eine sehr wichtige Unterhaltungssendung.

Es fehlt nicht nur an einem Sinn für die Verbreitung wichtiger, aktueller politischer Inhalte. Erst recht habe ich den Eindruck, es fehlt auch an der Einordnung. Aber genug der Klage. Ob es noch schlimmer werden wird, ist unklar, bleibt abzuwarten oder wird sich zeigen.

Ulrich Wickert war von 1991 bis 2006 Moderator der „Tagesthemen“.